

# Volks-Zeitung

Nr. 26.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Druckerei: H. G. v. ...  
Verlag: ...

Zweite Ausgabe

Verlag: ...  
Druck: ...

Geleitworte in Halle a. S.: Leipzigstraße 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion: Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.  
Schiffung: Dr. ...

Mittwoch, 16. Januar 1907.

Geleitworte in Berlin: Delfauerstraße 14.  
Telephon Amt VI 1199.  
Druck und Verlag von Otto ... in Halle a. S.

## Zu den Reichstagswahlen.

### Der „genauere“ Reichstag.

Unter diesem Titel schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“: Der „Vorwärts“ wiederholt, gestützt auf den Brief eines Schutztrupplers, die Behauptung, daß die Waffenführung der Vondelmar's schon vor dem 13. Dezember bekannt gewesen und daß die Regierung den Reichstag durch Vorenthaltung dieser Tatsache irreführt habe. Wir haben an unseren früheren Feststellungen in dieser Sache nichts zu ändern. Die Unterwerfung ist tatsächlich erst an dem von uns mitgeteilten Termine erfolgt. Daß bereits monatelange Verhandlungen vorhergegangen sind, ist nie bestritten, auch mehrfach dem Reichstage zur Kenntnis gebracht worden. Der Beginn dieser Verhandlungen fällt in den Oktober, wann und ob überhaupt sie zum Ziele führen würden, konnte bei der in allen Berichten betonten Unberechenbarkeit der Parteien niemand übersehen und war am 13. Dezember noch völlig im Unklaren.

Kurz vor der entscheidenden Verhandlung am Reichstage hatte die Regierung sich durch telegraphische Anfrage bei dem Kommandeur der Schutztruppe in Südmatafrika vergewissert, welche Truppenstärke unumgänglich notwendig wäre. Am 10. Dezember ging das Antwort-Telegramm des Kommandeurs hier ein, in dem dieser folgendes ausführte:

„Nach meinem pflichtgemäßen Ermessen ist Truppenverminderung auf 6000 Köpfe bis Ende März 1907 unmöglich ohne ernstliche Gefährdung bisheriger Resultate.“

Außer 16 400 Gefangenen, deren Waffen nicht sämtlich ebeutet, deren Freiheitsdrang nicht erloschen, sind rund 15 000 farbige im besetzten Schutzgebiet, ohne Bergamara und Aufwulke, s. Z. noch in Stammesorganisation und besitzen an Grenze der Siedlungsgebiete: etwa 3000 auf bewährtes Gebiet übergetretene, im Vorhinein an Post unbekanntes Heros, schließlich noch die Omasos. Mit 8000 ist daher Truppenstärke schon auf das Unerschwingliche beschränkt. Festhalten dieser Zahl notwendig, auch wenn Vondelmar's unterliegen, weil Befriedigung und Wirtschaftsbetrieb nur gelindert, nur Erziehung neuer Aufwärtens des Aufwärtens durch Beschränkung Truppe gelindert. Die Entwidlung gehen und demgemäß Truppenverminderung möglich wird, kann noch nicht beurteilt werden.“

Mit der Veröffentlichung dieses Telegramms hoffen wir nun endlich das Gerücht der sozialdemokratischen Presse über eine Verletzung des Reichstages erledigt zu haben.

### Zur Klarstellung.

I.

### Die Truppenstärke in Südmatafrika.

Daß in dem jetzt herrschenden Wahlkampf die regierungsfeindlichen Parteien ihren Standpunkt gegenüber den Forderungen für Südmatafrika vor dem Volke zu rechtfertigen suchen, ist erklärlich. Da aber dabei vielfach die Tatsachen entstellt und verdunkelt, die Begriffe verwirrt werden, so soll demgegenüber hier nochmals nach der „Nord. Allg. Ztg.“ vom streng sachlichen und militärischen Gesichtspunkte aus der Kernpunkt der Frage und der Verlauf ihrer Behandlung klargestellt werden:

Die kolonialen und militärischen Sachverhältnisse, sowohl in der Heimat wie in Südmatafrika, vor allem der Jovennear und der Truppenkommandeur, waren anfangs Dezember vorigen Jahres darüber einig, daß nach der augenblicklichen Kriegslage eine bedeutende Verminderung der Schutztruppe, und zwar bis auf 8000 Mann, durchführbar sei. Diese war auch bereits in der Ausführung begriffen. Eine weitere Verminderung bis auf 7000 Mann erschien ausfühbar, sobald die Bahn von Südbis bis Westmanshop weiter gebaut sei, wodurch rund 1000, bisher zur Bedienung der Transporte erforderliche Mannschaften entbehrlich würden. Eine weitergehende Herabsetzung konnte aber damals für einen bestimmten Zeitpunkt noch nicht zugestanden werden; sie mußte vielmehr von dem Gange der Ereignisse abhängig gemacht werden. Ausdrücklich und wiederholt wurde aber von den Regierungsvertretern in der Budgetkommission erklärt, daß niemand ein Interesse daran habe, wenn ein Mann mehr in der Kolonie festgehalten werde, als durchaus nötig sei. Es wurde auf das Bestimmteste zugesichert, daß sofort mit einer weiteren Verminderung der Schutztruppe begonnen würde, sobald es die Lage erlaube. Es wurde aber auch zugleich der Beweis erbracht, daß dies zurzeit noch nicht der Fall sei.

Dieser Beweis braucht hier nicht noch einmal in voller Ausführlichkeit wiederholt zu werden. Es sei nur daran erinnert, daß die Forderung des Herabsetzens nicht immer beträchtliche Stärke in Anspruch nahm, daß ferne ein kleiner Teil der Truppe zur Bedienung der Etappenstationen, Magazine und Wasserstellen, zur Bedienung der Transporte, zum Schutz der Farmen, zur Absicherung der Grenze erforderlich war. Es waren außerdem alle in technischen Vorden, zur Bedienung und Sicherung der Telegraphen und Signalfunktionen, die bei der in Ausführung begriffenen fortgeschrittenen Aufnahme des Landes beständigsten Offiziere und Mannschaften, sowie die als Etappenmagazin- und Betriebskräfte verwendeten Leute und schließlich auch die in den Lagerten befindlichen Kranken und Verwundeten, sowie das sanitätspersonal von der Gesamtschiffung in Abrechnung zu bringen. Demnach blieb als feste Truppe nur ein verhältnismäßig geringer Rest übrig. Alles dies wurde gründlich dargelegt und daran die Erklärung geknüpft, daß man

um einen Mann an den Feind zu bringen, vier Mann in die Kolonie schicken müßte.

Von keiner Seite konnten hiergegen in den Kommissionsverhandlungen überzeugende sachliche Einwendungen gemacht werden. Man hätte glauben sollen, daß der Auf- und Abzug 8000 Mann gegen 3000 Feinde? nun endlich verstanden würde, und daß auch der in solchen Dingen gänzlich Unerfahrene hätte einsehen müssen, warum wir im Gefecht selbst immer nur eine verhältnismäßig so geringe Stärke dem Feinde gegenüberstellen konnten.

Dieser Feind war gut geritten, flüchtig und beweglich, ein vorzüglicher Schütze, unermüdet, gesund und gut gefittet. Unerwartend tauchte er auf und verschwand, ehe er gefaßt werden konnte. Gelang es aber einmal, ihn zu erreichen, so zerstreute sich die Bande in die zahllosen Schlupfwinkel des außerordentlich schwierigen Geländes, um später an anderer Stelle sich wieder zu sammeln. Dabei lebte der Gegner von dem, was er als Nahrung und fand jenseits der Grenze in der Savanne. Gegenüber, das geräube Vieh gegen Vieh und Munition umzuwandeln. Dort, wo die zahllosen Stammesangehörigen saßen, lehrten auch die Kriegsmitteln zurück, von dort aus begaben sich an deren Stelle andere Kriegsteile, frisch gut gerüstet, besetzt und bereit, auf den Angriffsschlag zurück. So bildete das Gebiet der Savanne, für uns die Truppen unerschöpflich, ein gesichertes Depot, aus dem sich die Gegner materielle und personell dauernd ergänzten.

Es war nur ein Kleinrieg, aber ein äußerst schwieriger und gefährlicher, den wir zu bestehen hatten, den wir aber unter allen Umständen bestehen mußten, wenn wir uns nicht um die Früchte des jahrelangen Feldzugs bringen wollten.

Ueber die Stärke des Feindes schätzten naturgemäß die Angaben beträchtlich. Man sprach mit einiger Sicherheit von 300 000 Mann, die uns unmittelbar gegenüberstanden, und von vielleicht 600 nachsichtigen Mann, die jenseits der Grenze sich aufhielten. Auf die Zahl 300 000 kam es hierbei wenig an, denn die Verluste des Gegners waren stets schnell zu ersetzen. Wir kämpften mit einem Feinde, der nach allen Verlusten immer wieder in verhältnismäßig uns gegenübertrat.

So war die Lage anfangs Dezember. Wie konnte die Regierung unter diesen Umständen außer der bereits zugestanden beträchtlichen Verminderung auf den ganz unbestimmten ersten Zentrumsvorschlag eingehen, die Verstärkung der Truppen vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabzusetzen? Dieser Vorschlag war bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt unumschmeibbar, wenn man die weite Ausdehnung des Schutzgebietes, die erschwerenden Bedingungen der Truppe, ihre Verteilung auf dem Hauptort und die sonstigen Vorkeraturen zu diesem Transport berücksichtigt. Und hätte man versucht, ihn durchzuführen, so hätte man mit einem Schläge den Feldzug aufgegeben, wäre dem Truppenführer in den ererbten Amt gefallen und stand vor dem drohenden Verlust des Sidens unterer mit so viel Mann besetzter Kolonial-Gebiete und Ansehen unferer Truppe. Gerecht und gerecht, daß die Vorkeraturen des Reiches standen auf dem Spiel. Wer hätte sich in solchem Unternehmen die Hand bieten können?

An dieser Sachlage änderte der zweite Zentrumsvorschlag nichts. Nachdem man sich von der Unausführbarkeit des ersten Entwurfes hatte überzeugen müssen, verlangte man, daß bis zum 31. März 1907 die Vorkeraturen getroffen werden müßten, um die Gesamtzahl der Schutztruppe bis auf 2500 Mann zu vermindern.

„Die Vorkeraturen zur Verminderung treffen“, — ein dunkler Begriff!

Wann sollte denn nun vermindert werden? Wenn aber die Vorkeraturen bis Ende März getroffen sein sollten, so mußte man, wie schon nachgefragt worden ist, sofort damit beginnen und schon im Januar 1907 die Truppen auf 2500 Mann auf dem Hauptort und vor der Front des Feindes weg nach der Küste ziehen, um sie im April oder Mai zum Transport an der Küste bereitzuhalten. Die Wirkung wäre genau die gleiche gewesen, wie bei dem ersten Entwurf. Es war nur eine Verbunkelung, des Tatbestandes, eine Verhöhnung der wachen Absichten, die in dieser Fassung lagen.

Welches waren die Gründe, die man gegen die Regierung vorgebracht? Man möge es doch einmal versuchen, mit diesen 2500 Mann, so hoch es in den Kommissionsverhandlungen; es wurde schon gehen. Wenn nun daraufhin der Zustand von neuem entwirrt? Nun, dann hörte man ja wieder mehr Truppen hinausschicken! Wann jemals eine Regierung, kann je eine militärische Leistung sich auf solche Weise einstellen? Sie würden sich eines Vergehens schuldig machen.

### Dankbrief.

Herr Erzberger hat am 31. Dezember in Duisburg eine Ansprache gehalten, die wiederum zu „Dankfesten“ Anlaß gegeben hat. Nach einem Bericht der „Duisburger Volkszeitung“ hat er behauptet, daß Deutsche Reich habe 4 Milliarden Schulden, das mehr 400 Millionen an Zinsen. Wie zahlen aber nicht 10 Proz., sondern nur 3 bis 3½ Prozent, d. h. nicht 400, sondern 120 bis 135 Millionen Mark jährlicher Zinsen.

Herr Erzberger hat der Redner, der Reichstagsmann Schmidt in Logo habe „eine weiße Prostitution“ zur Königin von Walespahe bestellt. Nach der von Schmidt unter seiner Bezeichnung geäußerten Proklamation steht fest, daß es sich um eine Regierung Schlags handelt, die wieder nicht, daß eine Prostitution ist. Schmidt hat sich auch nicht, wie er behauptet, „Ehrenkodex“ verziehen. Die Weltöffentlichkeit „schämen“ ist an sich nicht für die Schädigung von Familien zwischen den Eingeborenenfrauen.

Ferner ist die Berechnung unrichtig, daß die Firma Tappeler in den letzten Jahren je über 2 000 000 Mk. über den legitimen Ansehenswert verloren habe. Die Firma hat in zwei Jahren auf ein Kapital von 6 000 000 Mk. zusammen 185 000 Mk. Dividende verteilt. Die früheren Gewinne waren nicht erheblich.

Berechnet man den legitimen Gewinn auf 10 Proz. pro anno, so bleiben 115 Proz. Mehrgewinn, also 517 500 Mk. auf jedes der beiden Jahre und nicht 2 Millionen Mark.

Eine entscheidende Abgabe an die Sozialdemokratie verifiziert der Deutsche Beamtenbund. Es heißt darin u. a.:

„Wir ein politisch absolut ungeschulter Beamter könnte von einem sozialdemokratischen Regime frei erwarten. Ist auch nur ein Fall bekannt, in welchem die sonst so reuelustigen Sozialdemokraten sich ernstlich der Beamtenchaft angenommen haben? Nur wenn man Möglichen ergreift, der Sozialdemokratie den Eintrag bei der Beamtenchaft zu wehren, war sie auf dem Plan — um des eigenen Interesses willen, nicht der Beamtenchaft zuliebe. Pflichtbewußtheit, nationale Gesinnung und Selbsterhaltungstrieb zwingen den Beamten, nur einem nationalen Kandidaten seine Stimme zu geben.“

### Eine Maßrede des Reichstagskanzlers.

Das Kolonialpolitische Komitee, das sich vor einigen Tagen nach der Rede des Kolonialdirektors Dernburg in Berlin bildete, hat etwa 140 Vertreter aus den Reihen der Wissenschaft, Kunst, Industrie und Handel kooperiert. Das nunmehr erweiterte Komitee wird am nächsten Sonnabend im Herrenhause eine Sitzung abhalten. Daran wird sich ein Abendessen im „Ballast-Gotel“ anschließen, zu dem der Reichstagskanzler sein Erscheinen zugesagt hat. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß Herr Billow an diesem Abend eine politische Rede halten wird.

Die Kolonialversammlung in Hamburg. Wie der Hamburger „Bericht“ meldet, wird anfangs des Februar nächsten Monats in Hamburg, der verordnet ist, der Gouverneur von Deutsch-Südmatafrika v. Lindequist in der von der Hamburger Handelskammer einberufenen Versammlung über Kolonialfragen sprechen.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., den 16. Januar.

### Reform des Strafvollzuges.

Ans Anlaß des Prozesses gegen den Schuhmacher Wilhelm Voigt, der in einem gelungenen Gaunerreich die Köpenicker Stadtkasse geraubt hatte, ist die Frage der Reform des Strafvollzuges und der Vollstreckung mit mehr Leidenschaftlichkeit als Grundsätzlichkeit behandelt worden. Zweifellos steht darin ein berechtigter Kern. Denn wie falsch es auch sicherlich war, für den sogenannten „Gaumnann“ von Köpenick in der alternativen Weise zu schwärmen, wie viele Berliner es getan haben, ist ihm heute im Gefängnisse zu Büßenszeit mit Aufmerksamkeiten überdrüssig, und so sehr man im Auge behalten muß, daß Voigt schon im Justizhause sich vorgenommen hatte, „ein Ding mit dem Militär zu drehen“, daß er also unmöglich durch die spätere Vollstreckung auf seinem Verbrechen veranlaßt sein kann, so gehört er zweifellos doch zu den Verbrechern, die bei verhältnismäßiger Behandlung zu bessern sind.

Die Fürsorge für die Straftatlosen kann und darf deshalb nicht von der Tagesordnung verschwinden. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dies am zweckmäßigsten durch eine gewisse Ubergangsstelle bewirkt werden könnte, in der nach dem Vorhabe der vom Kaiserhofbestimmung begründeten Kolonie Söffmingsthal die Straftatlosen zunächst wieder mit Aufrichtigkeit und Freude am Vorwärtskommen erfüllt werden. Auch wird dafür gefordert werden müssen, daß auf Grund günstiger laufender Berichte der Strafanstaltsbeamten der als befähigungsfähig erkannten Verbrechern schon vor Ablauf ihrer Straffrist ein bedingter Übertritt in solche Arbeitskolonien erlaubt wird. Das Unglück unserer jetzigen Einrichtungen besteht darin, daß unterrichtslos die vertriehenen Verbrecher über einen Stamm geflohen werden mit solchen, an denen durchaus noch nicht Hoffen und Maß verloren ist. Das kann nur durch eine ganz grundsätzliche Reform geändert werden, die das vom Richter erkannte Strafmaß nicht als endgültig, sondern nur als vorläufig betrachtet. Denn, wie den Befähigungsfähigen die zurechtgebrachte Entlassung in Aussicht gestellt werden muß, erscheint es andererseits als dringend notwendig, solche Verbrecher, die als unbefähigt erkannt werden, auch nach Ablauf ihrer Straffrist zurückzubehalten und für die menschliche Gesellschaft unschädlich zu machen. Dies aber kann und darf nicht etwa in Irrenhäusern geschehen und es muß auch dafür gefordert werden, daß der geradezu unerträgliche Umfang der Simulation gebührend behandelt wird. Gegenwärtig braucht ein Verbrecher, dem eine längere Justizhausstrafe in sichere Aussicht gestellt ist, ja nur den „wider Mann“ zu spielen und sich in dieser Beziehung von den stets gefälligen Sachverständigen als nicht normal bezeichnen zu lassen, um die Strafvollzugsbehörden in der unerhöhten Weise sein Leben lang an der Kasse herumzuführen. Wir haben wiederholt auf denartige Beispiele hingewiesen. Auch gegenwärtig liegt ein solcher vor: der 26 Jahre alte Franz Kirsch, einer der gefährlichsten Verbrecher, mit denen die Berliner Kriminalpolizei zu tun hat, ist dieser Tage zum fünften Male aus dem Zrennhause entbunden. Kirsch ist insulger





